GLOBAL 29.05.2018 | Alfie Stirling

Wachstumsstörung

Ein Jahrzehnt nach der Finanzkrise krankt das Wirtschaftssystem immer noch und sollte in gesunde Bahnen gelenkt werden.

In diesem Sommer jährt sich das folgenreichste wirtschaftliche Ereignis in modernen Friedenszeiten zum zehnten Mal. Die Finanzkrise 2007/2008 erschütterte die gesamte Weltwirtschaft, und von 2008 auf 2009 ging das jährliche Bruttoweltprodukt zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg zurück. Die wirtschaftliche Erholung verläuft seither in so gut wie allen größeren Volkswirtschaften langsam wie selten zuvor.

Unmittelbar nach der dramatischen Krise wurden naturgemäß vor allem kurzfristige Fragen laut, allen voran die, warum Ökonomen und Politiker den Einbruch nicht vorhergesehen hatten.

Heute scheint es undenkbar, doch der Finanzsektor spielte bis 2007 in den modernsten und komplexesten Modellen der weltweit einflussreichsten Ökonomen praktisch keine Rolle. Die meisten Zentralbanken sahen im Finanzmarkt kaum mehr als einen Kanal, den andere wirtschaftliche Effekte durchliefen. Dass der Finanzmarkt selbst existenzielle Risiken in sich bergen könnte, galt als unmöglich.

Diese methodischen Mängel sind zwar folgenschwer und nach wie vor weitgehend ungelöst, doch mittlerweile überwiegen eher grundlegende Fragen zum Gefüge unserer Wirtschaft und zum „Kapitalismus“ selbst.

Die geringen Ausgaben und der Mangel an Vertrauen könnten nicht nur ein Überbleibsel der Finanzkrise sein, sondern eine eher strukturelle Problematik widerspiegeln, die

Besonderes Kopfzerbrechen bereitet die wirtschaftliche Erholung. Das Lebensblut des Kapitalismus sind die Ausgaben, oder, wie Ökonomen sagen, die „gesamtwirtschaftliche Nachfrage“. Das Geld bewegt sich in der Wirtschaft im Kreise: Ausgaben und Investitionen für Waren und Dienstleistungen werden zu Steuern, Löhnen und Gewinnen, ehe sie von Staaten, Unternehmen und Familien wieder in Ausgaben verwandelt werden.

langfristig und durchaus dramatisch ist.

Im Kapitalismus müssen die Ausgaben steigen, von Quartal zu Quartal, von Jahr zu Jahr. Wenn steigende Ausgaben der Brennstoff sind, so braucht es zum Anfachen des Feuers allerdings auch Vertrauen.

Das Vertrauen darauf, dass die Ausgaben steigen, bringt Menschen dazu, sich Geld zu leihen und es zu investieren, es also von der Zukunft in die Gegenwart zu verlagern. Vertrauen hilft, positive Erwartungen Realität werden zu lassen. Doch auch das Gegenteil ist wahr: Angst vor der Zukunft bremst in der Gegenwart die Ausgabenbereitschaft.

Seit 2008 waren in den meisten Volkswirtschaften lebenserhaltende Maßnahmen notwendig, um Vertrauen zu schaffen und Ausgaben zu ermöglichen. Von den USA über Europa bis nach Japan haben die Zentralbanken alles Erdenkliche unternommen, um die Weltwirtschaft am Laufen zu halten. Das Rezept waren extrem niedrige Zinsen (in Ländern wie Japan und der Schweiz sogar Negativzinsen), die Haushalte und Firmen dazu veranlassen sollten, Kredite aufzunehmen.

Zum ersten Mal jedoch verliert auch das ständige Absenken der Zinsen seine Wirkung, und der Zinssatz nähert sich der „effektiven Zinsuntergrenze“. Zinssätze unterhalb dieser Grenze haben noch bestenfalls marginale positive Effekte auf die Ausgaben.

Geld umsonst?

Als Medizin gegen dieses Problem gilt die sogenannte „quantitative Lockerung“: Man versucht, die Problematik der effektiven Zinsuntergrenze zu umgehen, indem man aus dem Nichts neues Geld schafft und in Finanzmärkte investiert, um die Schuldzinsen zu senken. Damit soll der Effekt simuliert werden, der ansonsten durch die (ausbleibende) Zinssenkung unterhalb der effektiven Zinsuntergrenze erreicht würde.

Größeren Anlass zur Sorge gibt jedoch ein ganz anderer Verdacht: Die geringen Ausgaben und der Mangel an Vertrauen könnten nicht nur ein Überbleibsel der Finanzkrise sein, sondern eine eher strukturelle Problematik widerspiegeln, die langfristig und durchaus dramatisch ist. Einige Ökonomen verweisen auf eine beunruhigende Tendenz sinkender Nachfrage, die im Kapitalismus nicht Jahrzehnte, sondern Jahrhunderte andauert.

Die Ursachen für diese erst kürzlich wieder aufgebrachte These von der

„säkularen Stagnation“ bleiben umstritten. Genannt wird zum einen der Hang des Kapitalismus, durch wachsende Ungleichheit die Nachfrage selbst zu behindern. Da die Menschen mit dem höchsten Einkommen mutmaßlich nicht all ihre Ressourcen ausgeben – Ökonomen sprechen von einer „niedrigen marginalen Konsumneigung“ –, sinken mit zunehmender Konzentration von Reichtum und Einkommen die Gesamtausgaben.

Wenn der Kapitalismus seine eigene Nachfrage von innen zerstört, müssen politische Entscheidungsträger die Wirtschaft so umstellen, dass die Früchte ihrer Produktion besser verteilt werden.

Andere Kandidaten für die Ursache der über die Jahrhunderte sinkenden Nachfrage sind unter anderem der Schuldenüberhang in den westlichen Ländern, die Sparschwemme in aufsteigenden Volkswirtschaften wie China und eine alternde Bevölkerung in den entwickelten Ländern, verbunden mit einem global abflauenden Bevölkerungswachstum.

Ein Problem für den Kapitalismus liegt darin, dass all diese Kräfte von Natur aus langfristig wirken. Die Folgen waren vor 2007 zeitweise womöglich nur einfach nicht sichtbar.

So finanzierten beispielsweise die USA und das Vereinigte Königreich vor der Krise einen nicht nachhaltig hohen Konsum anderer Länder, indem sie dem Rest der Welt Vermögenswerte (Land, Eigenkapital, Schulden) verschacherten. Doch als der Wert dieser Vermögenswerte in der Finanzkrise zusammenbrach, löste sich die Illusion in Luft auf.

Ein anderes Problem für den Kapitalismus ist, dass Exportnationen wie Deutschland, Japan und China ebenso anfällig sind für die säkulare Stagnation: Schließlich gehen ihre Exportüberschüsse mit nicht nachhaltigen Handelsdefiziten anderer Länder einher.

Nachfrage schaffen für Dinge, die wirklich gebraucht werden

Die Frage lautet nun: Was für Alternativen haben wir? In der New Economics Foundation beginnen wir in Kürze ein neues Projekt, in dem zwei miteinander zusammenhängende Lösungsansätze erforscht werden: eine Neuausrichtung des Wachstums und eine bessere Verteilung der Löhne und Gewinne, die durch Wachstum generiert werden. Auf beiden Wegen soll erreicht werden, dass die Wirtschaft den Menschen mehr bringt.

Erstens: Dass die gesamtwirtschaftliche Nachfrage nicht nur ein *Niveau* und eine *Wachstumsrate* aufweist, sondern auch eine *Richtung*, wird von den meisten Ökonomen und Politikern übersehen. Alle gehen im Grunde davon aus, dass Nachfrage nur eine Achse kennt: Entweder wächst das Bruttosozialprodukt, heißt es, oder es wächst eben nicht. Welche Dinge gekauft und verkauft werden, welchen Wert sie für die Gesellschaft haben und welche Probleme Technologie und Wirtschaft für die Menschen lösen: All das ist bestenfalls sekundär.

Diese Sichtweise ist allerdings leicht zu widerlegen. Mit Erkenntnissen aus der Verhaltensökonomie, der Umweltökonomie und komplexen Systemen lässt sich nachweisen, dass die Gesamtheit individueller Entscheidungen, wenn sie auf unzureichenden Informationen gründen, selten, wenn überhaupt, die für die Gesellschaft besten Ergebnisse erbringt.

Wenn das Sinken der Ausgaben strukturell mit dem Altern der Bevölkerung zusammenhängt und der Kapitalismus dafür bislang keine Lösung bieten konnte, dann sollten politische Entscheidungsträger die Wirtschaft auf eine industriemäßige Produktion und einen hohen Verbrauch in den Bereichen Gesundheit, Mobilität und Alterssozialfürsorge ausrichten. Und wenn die größte existenzielle Bedrohung die Umweltverschmutzung darstellt, sollten politische Entscheidungsträger die Wirtschaft umweltfreundlicher gestalten.

Statt sich zu stark auf Zinsen zu verlassen, sollten Politiker gezielter auf eine aktive Zinspolitik, ein staatliches Bankensystem, Industriestrategien und eine entsprechende Steuer- und Ausgabenpolitik zurückgreifen, um neben den Märkten die Nachfrage zu steuern.

Wenn wir die Nachfrage auf das ausrichten, was wir bereits über die Zukunft wissen, können Niveau und Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage auch langfristig eher nachhaltig sein. Werden darüber hinaus mehr Waren und Dienstleistungen lokal oder zumindest in derselben Währung angeboten und konsumiert, lassen sich zudem nicht nachhaltige Handelsüberschüsse und -defizite international minimieren.

Zweitens: Wenn der Kapitalismus seine eigene Nachfrage von innen zerstört, müssen politische Entscheidungsträger die Wirtschaft so umstellen, dass die Früchte ihrer Produktion besser verteilt werden. Ein Teil der Lösung liegt in der Behandlung der Symptome, das heißt, dass Reichtum höher und Einkommen viel stärker progressiv besteuert werden müssten (sodass Menschen mit niedrigem Einkommen einen kleineren Anteil abführen als solche mit höherem Einkommen).

Doch die Wirtschaft muss auch schon vor der Besteuerung die Erträge besser verteilen und im Verhältnis zum Gewinn höhere Löhne und Gehälter zahlen. Geeignete Maßnahmen wären ein höherer Mindestlohn, größere Produktivität und eine bessere Mitsprache der Belegschaft sowie eine gleichmäßigere Verteilung des Firmeneigentums durch mehr Genossenschaften und Gegenseitigkeitsgesellschaften.

Ein Jahrzehnt nach der Finanzkrise sticht ins Auge, wie wenig sich die Grundlagen des kapitalistischen Modells verändert haben. Wir können nur hoffen, dass es nicht noch eine Krise braucht, um den erforderlichen Wandel in Gang zu setzen.

Aus dem Englischen von Anne Emmert



Alfie Stirling
London

Alfie Stirling arbeitet als Head of Economics bei der „New Economics Foundation" (NEF) mit einem Schwerpunkt auf Finanzpolitik und sozialer Sicherheit. Zuvor war Stirling als Senior Economist am „Institute for Public Policy Research" tätig und leitete die „Macroeconomic Policy Research for the Commission on Economist Justice".